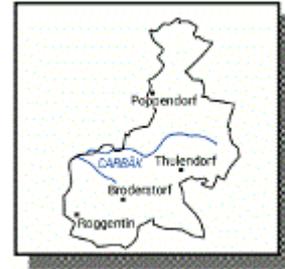


Gemeinde Poppendorf



Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: BV/HRA/215/2021 Status: öffentlich Az. (intern): angelegt am: 20.04.2021 Wiedervorlage:
Neufassung der Geschäftsordnung der Gemeindevertretung der Gemeinde Poppendorf	
HBA/SG Rechtsamt	TOP: _____
Beratungsfolge: Ö 17.05.2021 Gemeindevertretung Poppendorf	

Sachverhalt/Problemstellung:

In den Entwurf zur Neufassung der Geschäftsordnung wurden folgende 2 Änderungen, rot markiert, eingefügt:

In § 1 Abs. 3 Satz 1 wird die Ladungsfrist um einen Tag verkürzt.

In § 6 Abs. 1 lit. (f) wird aus dem Sitzungspunkt „Berichte aus den Ausschüssen“ der Sitzungspunkt „Fragen an die Ausschüsse“.

Durch den automatischen Datenlauf des Allris-Programms stehen die per E-Mail verschickten Ladungen den Empfängern immer erst einen Tag später zur Verfügung. Das führt dazu, dass der Sitzungsdienst die Ladungen nicht 7 Tage vor der Sitzung, montags, verschicken kann, sondern diese durch das Wochenende bereits 10 Tage früher verschickt werden müssen.

Dies engt den Handlungsspielraum zur Vorbereitung der Sitzung ein und ist zeitlich gesehen so unpraktikabel wie vor der Umstellung auf die digitale Ladung.

Trotz dieser vom Aufwand her minimalen Änderungen wird eine Neufassung statt einer 4. Änderung empfohlen. Zum einen stammt die momentan geltende Geschäftsordnung ursprünglich aus dem Jahre 2009 und wurde damit von einer Gemeindevertretung vor 3 Legislaturperioden für sich beschlossen und hernach lediglich geändert. Mit einer Neufassung erhält man ein in sich geschlossenes Werk dieser Gemeindevertretung für ihre Sitzungen.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

Auswirkungen auf Liegenschaftsangelegenheiten:

keine

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Poppendorf beschließt in ihrer Sitzung am 17.05.2021 die Neufassung ihrer Geschäftsordnung gemäß anliegendem Entwurf.

Die Ausführungen unter „Finanzielle Auswirkungen“ sind Bestandteil des Beschlusses.

Anlage:

Entwurf der Neufassung der Geschäftsordnung der Gemeindevertretung der Gemeinde Poppendorf

Abstimmungsergebnis:

__ Ja - Stimmen

__ Nein - Stimmen

__ Stimmenthaltung(en)

Sichtvermerk / Datum

i.A. _____
Sachbearbeitung

i.A. _____
Amtsleiter

i.A. _____
Kenntnisnahme durch **Haushalt und Finanzen**

i.A. _____
Kenntnisnahme durch **Liegenschaftsamt**

Hinweis: Die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen ist Bestandteil der Beschlussfassung.

Geschäftsordnung der Gemeindevertretung der Gemeinde Poppendorf

Auf der Grundlage des § 22 Absatz 6 der Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) in der derzeit geltenden Fassung beschließt die Gemeindevertretung der Gemeinde Poppendorf am 10.05.2021 folgende Neufassung ihrer Geschäftsordnung:

§ 1

Sitzungen der Gemeindevertretung

- (1) Die Gemeindevertretung wird vom Bürgermeister einberufen, so oft es die Geschäftslage erfordert, mindestens jedoch alle acht Wochen.
- (2) Die Ladung erfolgt schriftlich per E-Mail unter Mitteilung von Ort, Tag, Uhrzeit, der Tagesordnung und der Sitzungsunterlagen zum Nachlesen im Allris.
- (3) Die Ladungsfrist für die ordentliche Sitzung beträgt **sechs** Tage und für eine Dringlichkeitssitzung drei Tage. Die Dringlichkeit ist in der Ladung zu begründen.
- (4) Den sachkundigen Einwohnern aus den Fachausschüssen wird die Ladung ohne Sitzungsunterlagen auf elektronischem Wege zur Kenntnisnahme übermittelt. Als elektronische Form ist die Nutzung des Ratsinformationssystems ALLRIS, zugangsgeschützt mit Nutzerkennung und Passwort, zugelassen.
- (5) Sitzungen der Gemeindevertretung dürfen nicht zeitgleich mit Sitzungen stattfinden, an denen Gemeindevertreter ebenfalls teilzunehmen haben.

§ 2

Teilnahme

- (1) Wer aus wichtigen Gründen an einer Sitzung nicht teilnehmen kann, verspätet kommt oder eine Sitzung vorzeitig verlassen muss, hat dies dem Bürgermeister mitzuteilen.
- (2) Verwaltungsangehörige nehmen auf Weisung des Bürgermeisters an den Sitzungen teil. Der Bürgermeister kann ihnen das Wort erteilen.
- (3) Sachverständige können mit Zustimmung der Gemeindevertretung beratend teilnehmen.
- (4) Mitglieder von Ausschüssen oder Ortsteilvertretungen können in Angelegenheiten, bei denen sie vorher bereits beratend mitgewirkt haben, als Zuhörer an den nicht öffentlichen Beratungen der Gemeindevertretung teilnehmen.

§ 3

Medien

- (1) Die Vertreter der Medien sind zu den öffentlichen Sitzungen der Gemeindevertretung einzuladen. Die Einladung enthält Ort, Tag und Stunde der Sitzung und die Tagesordnung. Vertreter der Medien können Beschlussvorlagen und Anträge für die Beratungspunkte erhalten, die in öffentlicher Sitzung behandelt werden.
- (2) Vertretern der Medien sind besondere Plätze zuzuweisen.

§ 4 Beschlussvorlagen und Anträge

- (1) Angelegenheiten, die auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen, müssen dem Bürgermeister spätestens zwei Wochen vor der Sitzung der Gemeindevertretung in schriftlicher Form vorgelegt werden. Dies gilt nicht für Angelegenheiten, die sich in der Ausschussberatung befinden.
- (2) Die Anträge sind schriftlich in kurzer und klarer Form abzufassen. Sie sind zu begründen.
- (3) In den Beschlussvorlagen und deren Erläuterungen sind personenbezogene Angaben nur dann aufzunehmen, wenn sie für die Vorbereitung der Sitzung und die Entscheidung erforderlich sind.

§ 5 Tagesordnung

- (1) Die Tagesordnung muss über die anstehenden Beratungspunkte hinreichend Aufschluss geben, personenbezogene Daten dürfen grundsätzlich nicht enthalten sein. Soweit diese nach der Hauptsatzung in nichtöffentlicher Sitzung behandelt werden soll, sind sie in der Tagesordnung als nichtöffentliche Tagesordnungspunkte zu bezeichnen. Die Beratungspunkte sind so zu umschreiben, dass dadurch die Nichtöffentlichkeit gewahrt bleibt.
- (2) Die Gemeindevertretung kann die Tagesordnung vor ihrer Abwicklung mit Zustimmung der Mehrheit aller Mitglieder der Gemeindevertretung um Angelegenheiten erweitern, die wegen besonderer Dringlichkeit keinen Aufschub bis zur nächsten Sitzung dulden. Die Dringlichkeit ist zu begründen.
- (3) Die Gemeindevertretung kann mit der Mehrheit der anwesenden Mitglieder entscheiden, Angelegenheiten von der Tagesordnung abzusetzen oder die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte zu ändern. Tagesordnungspunkte, die von einem Gemeindevertreter oder dem Bürgermeister beantragt worden sind, können nicht gegen den Willen der Antragsteller von der Tagesordnung abgesetzt werden.

§ 6 Sitzungsablauf

- (1) Die Sitzungen der Gemeindevertretung sind grundsätzlich in folgender Reihenfolge durchzuführen:
 - (a) Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Einladungen, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
 - (b) Änderungsanträge zur Tagesordnung
 - (c) Beschlusskontrolle
 - (d) Informationen des Bürgermeisters
 - (e) Einwohnerfragestunde
 - (f) **Fragen an die Ausschüsse**
 - (g) Billigung der Sitzungsniederschrift der vorangegangenen Sitzung der Gemeindevertretung
 - (h) Abwicklung der Tagesordnung öffentlicher Teil, endet mit dem TOP „Mitteilungen, Terminabstimmungen und Sonstiges“

- (i) Abwicklung der Tagesordnung nichtöffentlicher Teil
 - (j) Schließen der Sitzung
- (2) Die Sitzungen sollen spätestens um 22.00 Uhr beendet werden, sofern keine dringenden oder nur noch einzelne Angelegenheiten auf der Tagesordnung stehen.

§ 7 Worterteilung

- (1) Mitglieder der Gemeindevertretung, die zur Sache sprechen wollen, haben sich bei dem Bürgermeister durch Handzeichen zu Wort zu melden.
- (2) Der Bürgermeister erteilt das Wort nach der Reihenfolge der Wortmeldungen, soweit nicht mit Zustimmung der Redeberechtigten hiervon abgewichen wird. Jeder darf nur zweimal zur Sache eines Tagesordnungspunktes sprechen.
- (3) Das Wort zur Geschäftsordnung ist jederzeit zu erteilen und darf sich nur auf den in der Beratung befindlichen Tagesordnungspunkt beziehen. Diese Wortmeldung hat durch Anheben beider Hände zu erfolgen. Es darf dadurch kein Sprecher unterbrochen werden.
- (4) Das Wort zur persönlichen Bemerkung ist erst nach Schluss der Beratung zu erteilen. Persönliche Bemerkungen dürfen nur eigene Ausführungen richtigstellen und persönliche Angriffe abwehren, die während der Beratung gegen den Sprecher erfolgen.
- (5) Bei der Behandlung von Anträgen oder Beschlussvorlagen ist auf Verlangen erst dem Einbringenden das Wort zu erteilen.

§ 8 Ablauf der Abstimmung

- (1) Über Anträge wird durch Handzeichen abgestimmt. Auf Verlangen ist vor der Abstimmung der Antrag zu verlesen. Der Bürgermeister stellt fest, ob die Mehrheit erreicht ist. Bei Satzungen und Wahlen stellt er die Anzahl der Mitglieder fest, die
 - (a) dem Antrag zustimmen,
 - (b) den Antrag ablehnen oder
 - (c) sich der Stimme enthaltenund gibt das Ergebnis der Abstimmung bekannt. Wird das Abstimmungsergebnis angezweifelt, so muss die Abstimmung vor Behandlung des nächsten Tagesordnungspunktes wiederholt werden.
- (2) Liegen zu den Tagesordnungspunkten Änderungs- und Ergänzungsanträge vor, wird zuerst über den abgestimmt, der von dem Antrag am weitesten abweicht. Bei Änderungs- und Ergänzungsanträgen mit finanziellen Auswirkungen haben diese den Vorrang. In Zweifelsfällen entscheidet über die Einordnung dieser Anträge der Bürgermeister.
- (3) Auf Antrag ist über einzelne Teile der Vorlage bzw. des Antrags gesondert abzustimmen. Ein solcher Antrag bedarf der einfachen Mehrheit. Über die Vorlage bzw. den Antrag ist anschließend insgesamt zu beschließen.

§ 9 Wahlen

- (1) Soweit eine Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl erfolgt, wird das Verhältnis zwischen den Fraktionen bzw. Zählgemeinschaften dadurch ermittelt, dass die Anzahl der Stimmen für den Wahlvorschlag der jeweiligen Fraktion oder Zählgemeinschaft nacheinander durch 1, 2, 3, 4, 5 usw. geteilt wird und die Sitzverteilung nach den so ermittelten Höchstzahlen erfolgt. Bei gleichen Höchstzahlen entscheidet das Los.
- (2) Bei Wahlen werden aus der Mitte der Gemeindevertretung mehrere Stimmzähler bestimmt.
- (3) Für Stimmzählungen sind gleiche Zettel zu verwenden.
- (4) Sind mehrere Personen zu wählen, so kann die Gemeindevertretung diese in einem Wahlgang wählen, falls kein Gemeindevertreter widerspricht.

§ 10 Ordnungsmaßnahmen

- (1) Der Bürgermeister kann Redner, die vom Verhandlungsgegenstand abweichen, zur Sache rufen.
- (2) Gemeindevertretungsmitglieder, die die Ordnung verletzen oder gegen Gesetz oder die Geschäftsordnung verstoßen, sind vom Bürgermeister zur Ordnung zu rufen. Nach dreimaligem Ordnungsruf kann der Bürgermeister einen Sitzungsausschluss verhängen.
- (3) Gemeindevertretungsmitglieder, die zur Ordnung gerufen werden oder gegen die ein Sitzungsausschluss verhängt wird, können binnen einer Woche einen schriftlich begründeten Einspruch erheben. Der Einspruch ist auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen.

§ 11 Ordnungsmaßnahmen gegen Zuhörer

- (1) Wer im Zuhörerraum Beifall oder Missbilligung äußert oder Ordnung und Anstand verletzt oder versucht, die Beratung und Entscheidung der Gemeindevertretung auf sonstige Weise zu beeinflussen, kann vom Bürgermeister nach vorheriger Ermahnung aus dem Sitzungssaal verwiesen werden.
- (2) Der Bürgermeister kann nach vorheriger Ermahnung den Zuhörerraum bei störender Unruhe räumen lassen, wenn die störende Unruhe auf andere Weise nicht zu beseitigen ist.

§ 12 Fraktionen und Zählgemeinschaften

- (1) Die Bildung von Fraktionen ist unverzüglich dem Bürgermeister anzuzeigen. Jegliche Veränderungen in der Fraktionsmitgliedschaft sind von den jeweiligen Gemeindevertretern ebenfalls dem Bürgermeister anzuzeigen.
- (2) Die Bildung von Zählgemeinschaften zwischen Fraktionen und Einzelbewerbern sind ebenfalls unverzüglich dem Bürgermeister anzuzeigen.

§ 13 Niederschrift

- (1) Über jede Sitzung der Gemeindevertretung ist eine Niederschrift anzufertigen. Die Sitzungsniederschrift muss enthalten:
- (a) Ort, Tag, Beginn und Ende der Sitzung
 - (b) Name der anwesenden und der fehlenden Mitglieder der Gemeindevertretung
 - (c) Name der anwesenden Verwaltungsvertreter, der geladenen Sachverständigen und Gäste
 - (d) Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung
 - (e) Feststellung der Beschlussfähigkeit
 - (f) Anfragen der Gemeindevertretungsmitglieder
 - (g) die Tagesordnung
 - (h) Billigung der Sitzungsniederschrift der vorangegangenen Sitzung
 - (i) den Wortlaut der Anträge mit Namen der Antragsteller, die Beschlüsse und Ergebnisse der Abstimmungen
 - (j) sonstige wesentliche Inhalte der Sitzung
 - (k) Ausschluss und Wiederherstellung der Öffentlichkeit
 - (l) vom Mitwirkungsverbot betroffene Gemeindevertretungsmitglieder.

Über die Beratung und Beschlussfassung zu nichtöffentlichen Tagesordnungspunkten ist eine gesonderte Anlage zu fertigen, die der Niederschrift beizufügen ist. Personenbezogene Angaben sind nur aufzunehmen, wenn sie für die Durchführung des Beschlusses erforderlich sind.

- (2) Die Sitzungsniederschrift ist vom Bürgermeister und vom Protokollanten zu unterzeichnen und soll den Mitgliedern der Gemeindevertretung mit der Ladung zur nächsten Sitzung zugehen.
- (3) Die Einsichtnahme in die Niederschriften über den öffentlichen Teil der Sitzungen der Gemeindevertretung ist den Einwohnern zu gestatten.
- (4) Die Sitzungsniederschrift ist in der darauffolgenden Sitzung der Gemeindevertretung zu billigen, über Einwendungen und Änderungen ist abzustimmen.
- (5) Zur Unterstützung des Protokollanten bei der Anfertigung der Sitzungsniederschrift wird die Benutzung eines Gerätes zur Tonaufzeichnung (Diktiergerät) gestattet, wenn sie vorher angezeigt und durch die Gemeindevertretung bestätigt wurde.
Den Gemeindevertretern wird bei Unstimmigkeiten im öffentlichen oder nichtöffentlichen Teil des Protokolls die Möglichkeit gegeben, die Tonaufzeichnungen in einem Raum des Amtes Carbak zu den Sprechzeiten abzuhören.
Nach Genehmigung der Niederschrift durch die Gemeindevertretung muss das Speichermedium unverzüglich gelöscht werden.

§ 14 Anträge zur Geschäftsordnung

- (1) Ausführungen zur Geschäftsordnung dürfen sich nur auf das Verfahren der Behandlung des Beratungsgegenstandes, nicht auf die Sache beziehen.

- (2) Zu den Anträgen zur Geschäftsordnung gehören insbesondere:
- (a) Antrag auf Änderung der Reihenfolge der Tagesordnungspunkte
 - (b) Antrag auf Absetzen eines Tagesordnungspunktes
 - (c) Antrag auf Vertagung
 - (d) Antrag auf Ausschussüberweisung
 - (e) Antrag auf Übergang zur Tagesordnung
 - (f) Antrag auf Redezeitbegrenzung
 - (g) Antrag auf Schluss der Aussprache
 - (h) Antrag auf Unterbrechung oder Aufhebung der Sitzung
 - (i) Antrag auf namentliche Abstimmung
 - (j) Sonstige Anträge zum Abstimmungsablauf
 - (k) Antrag auf geheime Wahl
- (3) Anträge zur Geschäftsordnung gehen Sachanträgen vor. Sind mehrere Anträge zur Geschäftsordnung gestellt, so wird zuerst über den Antrag abgestimmt, welcher der Weiterbehandlung am weitesten widerspricht. Bei einem Antrag auf Redezeitbegrenzung hat der Bürgermeister vor der Abstimmung die bereits vorliegenden Wortmeldungen bekannt zu geben.
- (4) Anträge zur Geschäftsordnung dürfen nur von Gemeindevertretungsmitgliedern gestellt werden, die sich nicht bereits zur Sache geäußert haben.

§ 15 Ausschusssitzungen

- (1) Die Geschäftsordnung der Gemeindevertretung gilt sinngemäß für die Sitzungen der Ausschüsse der Gemeindevertretung, mit Ausnahme von § 1 Abs. 2. Der Versand der Sitzungsunterlagen erfolgt an die sachkundigen Einwohner postalisch.
- (1) Der Bürgermeister ist elektronisch per PDF über den Inhalt der Ladung einschließlich der Sitzungsunterlagen in Kenntnis zu setzen. Den nicht den Ausschüssen angehörenden Mitgliedern der Gemeindevertretung ist die Ladung ohne Sitzungsunterlagen elektronisch zur Kenntnisnahme zu übermitteln.
- (2) Sitzungen der Ausschüsse dürfen weder zeitgleich mit einer Sitzung des Amtsausschusses und der Gemeindevertretung oder eines anderen Fachausschusses stattfinden.
- (3) Alle Angelegenheiten, die zum Aufgabengebiet eines beratenden Fachausschusses gehören, sollen in der Gemeindevertretung erst beraten und beschlossen werden, wenn hierzu in den Fachausschüssen beraten wurde.
- (4) Wenn ein Gegenstand mehreren Ausschüssen zur Beratung zugewiesen ist, können diese eine gemeinsame Beratung durchführen. Über den Vorsitz entscheidet, wenn es zu keiner Verständigung zwischen den Ausschussvorsitzenden kommt, der Bürgermeister. Die Abstimmungen haben getrennt nach Ausschüssen zu erfolgen. Die Ausschüsse können auch gemeinsam mit den Ortsteilvertretungen tagen.

§ 16 Datenschutz

- (1) Die Mitglieder der Gemeindevertretung und der Ausschüsse, die im Rahmen der Ausübung ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit Zugang zu vertraulichen Unterlagen, die personenbezogene Daten enthalten, haben bzw. von ihnen Kenntnis erlangen, dürfen solche Daten nur zu dem jeweiligen, der rechtmäßigen Aufgabenerfüllung dienenden Zweck verarbeiten oder offenbaren. Personenbezogene Daten sind Einzelangaben über persönliche oder sachliche Verhältnisse einer natürlichen Person. Hierzu zählen auch Daten, die allein oder in Kombination mit anderen Daten eine Zuordnung zu einer bestimmbar natürlichen Person ermöglichen. Vertrauliche Unterlagen sind alle Schriftstücke, automatisierte Dateien und sonstige Datenträger, die als solche gekennzeichnet sind oder personenbezogene Daten enthalten. Hierzu zählen auch mit vertraulichen Unterlagen in Zusammenhang stehende handschriftliche oder andere Notizen.
- (2) Eine Weitergabe von vertraulichen Unterlagen oder Mitteilung über den Inhalt an Dritte, ausgenommen im erforderlichen Umfang bei Verhinderung an den Stellvertreter, ist nicht zulässig. Dieses gilt auch gegenüber Mitgliedern der eigenen Partei bzw. Fraktion, die nicht aufgrund ihrer Mitgliedschaft in der Gemeindevertretung oder dem jeweiligen zuständigen Ausschuss Zugang zu den vertraulichen Unterlagen erhalten.
- (3) Vertrauliche Unterlagen sind zu vernichten bzw. zu löschen, wenn diese für die Aufgabenerfüllung nicht mehr benötigt werden. Bei vertraulichen Beschlussunterlagen einschließlich aller damit in Zusammenhang stehenden Unterlagen ist dieses regelmäßig anzunehmen, wenn die Niederschrift über die Sitzung, in der der jeweilige Tagesordnungspunkt abschließend behandelt wurde, genehmigt ist. Alle weiteren vertraulichen Unterlagen sind spätestens fünf Jahre nach Abschluss der Beratungen, bei einem Ausscheiden aus der Gemeindevertretung oder einem Ausschluss sofort, dauerhaft zu vernichten bzw. zu löschen.

§ 17 Auslegung, Abweichung und Änderung der Geschäftsordnung

- (1) Zweifelhafte Fragen über die Geschäftsordnung im Einzelfall entscheidet der Bürgermeister. Er kann sich mit seinen Stellvertretern beraten.
- (2) Von der Geschäftsordnung kann im Einzelnen abgewichen werden, wenn kein Gemeindevertreter widerspricht und keine anderen rechtlichen Bestimmungen dem entgegenstehen.
- (3) Änderungen dieser Geschäftsordnung sind mit einfacher Mehrheit möglich.

§ 18 Inkrafttreten

Die Geschäftsordnung tritt mit Beschlussfassung in Kraft.

Poppendorf,

-Siegel-

Jörg Wallis
Bürgermeister